

Volksrechtler-Zeitung

Mittwoch, 25. Februar 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 47

Aus allen Orten
Inserate

Preis: 20 Pf. + ...
Inseratpreis: ...
Anzeigenpreis: ...

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schothländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60. Tel. 444.
Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60. Telefon 439 02.
Verlag: Schließle Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, — Druck: „Vorwärts“ K. G., Hl. Breslau, Trebnitzer Straße 60, Telefon 464 55.

Erwerbslose! Betriebsarbeiter! Heraus auf die Straße!

Reichsverband der Industrie-Geldfäde

kündigt neuen Lohn- und Erwerbslosenunterstützungs-Raub an

In den letzten Tagen tagte der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Reichsarbeitsminister Stegerwald hielt eine Rede, in der er nochmals einen weiteren Abbau der Arbeitslosenunterstützung ankündigte. Er wolle zwar von den Ergebnissen der eingeleiteten Kommission nicht Einzelheiten vorwegnehmen, doch würden die Abwärmungsarbeiten der Industrie erfüllt werden.
Die Diskussion zu dieser Ministerrede zeigt, daß das Vorgehen der Direktion der Vereinigten Stahlwerke, die versucht hatte, die Arbeitslosen gegen die Betriebsstätten auszuspielen, um 20 Prozent Lohnabbau durchzusetzen, vom Unternehmertum im großen Maßstab fortgesetzt werden soll. Es wird ein neuer scharfer Lohnabbau gefordert, und dieser müßte ohne Rücksicht auf bestehende Tarifverträge auf der ganzen Linie durchgeführt werden. Im offiziellen Kommuniqué von dieser Tagung heißt es wörtlich:
„Unter diesen Gesichtspunkten ermächtigt, so wurde durchweg anerkannt, für die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen im allgemeinen und in jedem einzelnen Falle ein besonders hohes Maß von Verantwortung für die Volksgesamtheit, insbesondere aber für die Arbeitslosen. Deshalb wurde auch darauf hingewiesen, wie wichtig und bedeutsam die Stärkung der Selbstverantwortung der Tarifparteien ist. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten in der Ueberzeugung zusammenwirken, daß wichtiger als die Aufrechterhaltung eines mit

den Erfordernissen der heutigen sozialen und wirtschaftlichen Not nicht zu vereinbarenden Prinzipis die Erhaltung der Belegschaften in der Arbeit und die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß ist.
Die gegenwärtige Lage mit nahezu 5 Millionen Arbeitslosen ist zu ernst, als daß durch ein ungütliches Festhalten an starren und schematischen Bindungen die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß verhindert oder gar darüber hinaus die Zahl der Arbeitslosen gesteigert werden dürfte.“
Man sieht also ganz deutlich, wie die Unternehmer die Arbeitslosen gegen die Betriebsstätten auszuspielen wollen, und wie immer wird die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, um ihre Hilfe beim Lohnabbau zu begründen, dieselbe Taktik einschlagen.
Auf diesen trivialen Plan der Geldfäde, die Entfaltung einer kämpfenden Einheitsfront von Erwerbslosen und Betriebsarbeitern zu verhindern, muß heute jenen Feinden der Arbeiter eine Antwort erteilt werden, die ihnen zum Bewußtsein bringt, daß diese eiserne Front zur Erlämpfung von Freiheit und Brot trotzdem erziehen wird. Deshalb werden heute Erwerbslose und Betriebsarbeiter an dem internationalen Kampftag gegen Arbeitslosigkeit für ihre gemeinsamen Forderungen demonstrieren.



Polizeiterrror als Auftakt zum Weltarbeiterwerbslosentag

G r i l l. Wie bereits berichtet wurde, hat die Görlitzer Polizeiverwaltung am Weltarbeiterwerbslosentag die geplanten zwei Massenversammlungen verboten. Als Begründung des Verbots teilt die Polizeiverwaltung mit, daß die Propaganda zu den Versammlungen bereits die öffentliche „Ruhe und Ordnung“ bedroht habe. Anlaß hierzu war ein Plakat, auf dem als Thema für die Versammlung die Beratung des Kampfpplanes vorgezeichnet war. Western fand eine Protestversammlung gegen das Verbot statt. Hunderte Erwerbslose füllten den Saal der Altstadt. Ein Genosse sprach über das Verbot und die Durchführung des Weltarbeiterwerbslosentages. Anschließend an die Versammlung fand ein Propagandabaumzug zum Weltarbeiterwerbslosentag statt. Die Erwerbslosen marschierten vor den Betrieben der Wumag und forderten die Betriebsarbeiter zur Teilnahme auf. Der Zug, der sich nach der Altstadt weiter bewegte, wurde am Grünen Graben von der Polizei ohne jeglichen Anlaß blutig auseinander geschlagen. Besonders Kommunalpolizeibeamte des 3. Reviers schlugen wie wild auf die Erwerbslosen ein. In unglaublicher Weise wurden die Erwerbslosen provoziert. Ohne irgendwelche Bedrohung zu sein, griffen die Beamten zur Schußwaffe. Dann trat auch das Ueberfallkommando ein, das eine Gummiknüttelattacke auf dem Obermarkt durchführte. Arbeiter und Passanten wurden mißhandelt und verhaftet. Von Augenzeugen wird uns berichtet, daß die Verhafteten vor ihrer Einlieferung ins Polizeigefängnis von Beamten in der übelsten Weise mißhandelt wurden. In der Wachtstube wurde ein Inhaftierter, der blutüberlaufen war, an den Beinen gefesselt und von Beamten mit den Stiefeln trat.
Weiter war Schreien und Hilferufen zu hören. Wir fordern von der Polizeiverwaltung Rechenschaft über das Verhalten dieser unmenschlichen Gummiknüttelhelden.
Heute werden trotzdem die Erwerbslosen aufmarschieren, trotz Verbots und Gummiknütteln.

mit Rufen „Nieder mit dem Faschismus“. Später versuchten die Kommunisten ein zweites Mal, eine Kundgebung zu veranstalten. Die Polizei rief das Ueberfallkommando aus Nachen herbei und räumte den Friedhof.

7 Proz. Lohnraub in der polnisch-obererschlesischen Zinkindustrie

Kattowitz. Nach langen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß wurde für die ostoberschlesische Zinkindustrie ein Schiedsspruch gefällt, der eine Herabsetzung der Löhne um 7 v. H. vorsieht. Bei jugendlichen Arbeitern über 19 Jahre beträgt die Ermäßigung 5 v. H. Unverändert bleiben die Löhne der Jugendlichen unter 19 Jahre und der weiblichen Arbeiter. Der neue Lohnzettel soll erstmalig am 31. Mai 1931 kündbar sein. Die Erklärungsrüst beträgt fünf Tage.

Massenkündigung der Donnersmardhütte

S i n d e n b u r g. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Werkverwaltung der Donnersmardhütte in Sindenburg an 280 Arbeiter der Mährengießerei die Kündigung gerichtet. Durch diese Maßnahme wird die Mährengießerei völlig stillgelegt werden.

Deshalb müssen die Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen morgen gegen das Gepeinigt des Hungers und gegen die Arbeitslosigkeit, für Arbeit, Brot und Freiheit mit aufmarschieren. Der morgige Tag ist ein internationaler Kampftag gegen die kapitalistische „Ordnung“ überhaupt, und deshalb werden auch die obererschlesischen Arbeiter in vorderster Front stehen.

Linke und rechte SPD. - Führer verboten!

Statt Arbeit und Brot — Demonstrationenverbot!

Berlin, 25. Februar. Herr Erzjesinski, der würdige Nachfolger Zörgiebel's, der am Sonntag seiner Göring-Garde den Lustgarten zur Verfügung gestellt hatte, aber dabei erleben mußte, daß trotzdem der Gesang der Internationale, angestimmt von kommunistischen und SPD.-Arbeitern, die schwarzrotgoldenen Phrasen überlante, hat für heute alle Demonstrationen in Groß-Berlin verboten.

Leipzig, 25. Februar. Der „linke“ Polizeipräsident Fleißner hat alle Demonstrationen vom 24. Februar bis einschließlich 7. März verboten. Als „Begründung“ führt der „linke“ Sozialfaschist an, daß das Verbot ausgesprochen wird, um den Massenwettbewerb nicht zu stören.

So sind „linke“ und rechte Sozialfaschisten bei der Hand, die Ruhe der Geldfäde vor jeder Störung zu schützen. Die Arbeiter aber werden sowohl den Geldfäden als auch ihren sozialfaschistischen Lakaien heute die Antwort erteilen, die am Plage ist.

Polizeiüberfall auf das kommunistische Jugendbüro in Breslau

Western überfiel ein Aufgebot von Krimchens und Schupos das Jugendbüro. Gesucht wurden antimilitaristische Schriften und bez. „Oktober“. Nach einer Stunde erfolgloser Durchsuchung mußten sie wieder abziehen. Die Krimis schnüffelten auch in den Kleidungskästen der anwesenden Genossen herum, wohl in dem Glauben, daß ein kommunistisches illegales Material in den Taschen aufbewahrt. Eine einzige Pileite, Herr Gakke!

Neuer Gehaltsraub in Berlin

Berlin, 25. Februar. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Gehaltssturz der Angestellten zum 31. März gekündigt. Etwa 60 000 bis 70 000 Angestellte werden davon betroffen.

Polizeiattende bei Beerdigung der 32 Op'er der Grubenbarone

Nachen, 24. Februar. Die bürgerliche Presse meldet: Bei der Beerdigung der Opfer des Grubenunglücks auf „Schweiller Reserve“ kam es auf dem Nachberger Friedhof im Anschluß an die Beisetzungen. Hier zu kommunistischen Kundgebungen. Die Kommunisten versuchten aufstrebende Reden zu halten, wurden aber von Polizeibeamten am Weiterreden verhindert und veranlaßt, den Friedhof zu verlassen. Die Bestimmungsgenossen der Redner antworteten mit Pfui-Winsen und

Streitwelle in Polnisch-Oberschlesien

Kattowitz, 24. Februar. Die bürgerliche Presse meldet: „Im Zusammenhang mit den Arbeiterentlassungen fand gestern auf der Ferdinand-Grube in Kattowitz eine Belegschaftsversammlung statt, an der gegen 1500 Bergarbeiter teilnahmen. Die Versammlung nahm einen ungemein stürmischen Verlauf. Kommunistische Redner griffen die Politik des Bowoboden und der Warschauer Regierung aufs schärfste an. Sie forderten zu einem Generalfstreik auf. Als darauf ein Anhänger der Regierungspartei sprach, der die Notwendigkeit des Arbeiterabbaus bewies, wurde er niedergeschrien und von der Rednertribüne verjagt. Ein zweiter Redner der Regierungspartei wurde, als er sich zum Wort meldete, überhaupt nicht zugelassen. Der Betriebsratsvorsitzende, der die Versammlung leitete, wollte nun die Versammlung schließen. Aber im Nu hatten sich kommunistische Führer zu Herren der Situation gemacht. Sie forderten die Arbeiter auf, im

Saale zu verbleiben und erdgültige Beschlüsse zu fassen. Es wurde sofort ein Streikkomitee gebildet, das aus lauter Kommunisten besteht. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der eine sofortige Erhöhung der Belegschaftsstärke der Ferdinand-Grube um 80 Prozent verlangt wird. Die in den letzten Wochen abgebauten 450 Arbeiter der Grube sollen reiflos wieder eingestellt werden.

Im Erzbergbau neue Lohnverhandlungen

Kattowitz. Im Erzbergbau wurde am 20. Februar ebenfalls zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern wegen einem neuen Lohnabkommen verhandelt. Die Arbeitgeber forderten eine Lohnherabsetzung von 10 Prozent. Da zwischen beiden Parteien eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde der Streikfall dem Schlichtungsausschuß überwiesen.

SPD. verhindert Millionärsteuern

Am 8. Dezember 1930 dafür, am 24. Februar 1931 dagegen — Warum? — Weil nach dem Auszug der Nazis SPD. und SPD. die Mehrheit haben — Eine freche Lüge erledigt

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Reichstages meldete sich als erster

Genosse Ubricht

um Wort und erklärte u. a.: Die kommunistische Partei beantragt, daß als zweiter Punkt ein Antrag auf sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes für Groß-Berlin auf die Tagesordnung gesetzt wird. (Beifall bei den Kommunisten.)

Die Begründung, die Herr Grzesinski seinem Demonstrationsverbot gegeben hat, zeigt, daß gegenwärtig in Deutschland wohl Rundgebungen für die Hungerpolitik der Berliner Regierung erlaubt sind, wie beim Reichsbanner, aber keine Rundgebungen der hungernden Erwerbslosen gegen diese Hungerdiktatur. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Wir erklären hier nicht nur vor der Berliner Arbeiterschaft, sondern vor dem ganzen arbeitenden Volk, daß diese Maßnahme der Berlinerregierung und ihrer Polizei eine bewußte Provokation des arbeitenden Volkes ist. (Beifall bei den Kommunisten.)

Präsident Löbe erklärt, daß der kommunistische Antrag zur Beratung werden kann, wenn kein Widerspruch erfolgt. Aber ich erheben sich sämtliche anwesenden Großaktionäre aus den Reihen der Deutschen Volkspartei und erklären ihren Widerspruch. Unter stürmischen Hürufen der Kommunisten, man hört Rufe:

„Diese vollgefressenen Dickbäuche werden von Grzesinski geschlüsselt!“

Es folgen dann die zurückgestellten Abstimmungen zum Versorgungsset. Dabei werden alle kommunistischen Anträge auf Streichung der Offizierspensionen, Streichung der Ausgaben für Orden und Ehrenzeichen und Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Arbeitsinvaliden, in Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Volkskonservativen abgelehnt. Somit ist also mit den Stimmen der Sozialdemokraten der Versorgungsset um 300 Millionen abgebaut worden.

Es folgt die Beratung des kommunistischen Millionärsteuer-Antrages

Abg. Esser (Zit.) beantragt unter stürmischen Protest-Rundgebungen der Kommunisten Ueberweisung des Antrags an den Steuerauschuß. Genosse Koenen ruft: „Haben Sie schon einmal etwas von Jesuiten gehört?“

Abg. Dr. Herz (Soz.): Wir haben im vorigen Jahre Anträge gestellt, die sich in gleicher Richtung bewegten wie der kommunistische und haben auch am 8. Dezember für den kommunistischen Antrag gestimmt. Unsere Stellung dazu ist dieselbe

geblieben (andauernde kommunistische Zurufe: „Aber...“). Aber wir stimmen der Ausschuhberatung nach dem Vorschlage des Abgeordneten Esser zu. (Stürmische Zurufe der Kommunisten: „Injame Arbeiterbetrüger!“)

Genosse Stöcker antwortet

Wir widersprechen einer Ausschuhberatung, weil diese im November und Dezember v. Js. bereits stattgefunden hat. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Wer heute nicht, wie am 8. Dezember, hier die Abstimmung vornehmen will, der zeigt damit, daß er sich um diese Abstimmung herumdrücken will. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen b. d. Komm.)

Am 8. Dezember haben die Sozialdemokraten unserem Antrag zugestimmt und damit auch bekräftigt, daß er berechtigt und durchführbar ist.

Wenn das heute anders ist, so zeigen die Sozialdemokraten durch ihre Haltung nur, daß sie damals diesem Antrage nur

zugestimmt haben, weil die Nationalsozialisten dagegen waren. Sie haben zugestimmt, nachdem sie sicher waren, daß keine Mehrheit für den Millionärsteuerantrag vorhanden war. (Lebhafte Zustimmung b. d. Komm.)

Heute aber ist diese Mehrheit da. Stimmen der Sozialdemokraten für den Antrag Esser, dann bedeutet das nicht nur eine Verschleppung des Millionärsteuerantrages, sondern bedeutet sachlich seine Ablehnung. (Sehr wahr! b. d. Komm.)

Fünf Millionen Erwerbslose hungern und man hat noch ihr Unterstützung ab. Massensteuern und Zollwucher belasten täglich mehr nicht nur die Arbeiter, sondern auch den Angestellten, den unteren Beamten und den kleinen Mittelstand.

Aber eine kleine Clique von Besitzenden, von Millionären, von Dividendensuckern, von Zinswucherern, sie erhöhen ihre Profite, sie steigern ihre Dividenden, und vor diese Clique stellen sich schützend die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die gesamte werktätige Bevölkerung Deutschlands begreift immer mehr, daß nur eine Partei da ist, die den langgestreckten Kampf gegen die Volksausplünderer führt, die kommunistische Partei. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Komm.)

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag Esser unter stürmischen Entzückungs-Rundgebungen der Kommunisten in Einheitsfront vom „linken“ Sozialdemokraten Ströbel bis zum volksparteilichen Scharfmacher und Hitlerfreund Dingeldey angenommen. Somit ist der Millionärsteuerantrag mit Hilfe der SPD. begraben worden.

Kommunistensturm gegen Hungerminister Schiele

Schrankenlose Zollwucherdiktatur — Löbe weist kommunistische Abgeordnete aus dem Saal SPD. mit Schiele für Volksausplünderung

Nach der Abstimmung über den kommunistischen Millionärsteuerantrag begann im Reichstag die Beratung des Etats für Landwirtschaft und Ernährung.

Als der Ernährungsminister Schiele das Wort zur Begründung seiner Zollwucherpolitik nimmt, kommt es zu einer wuchtigen Demonstration der Kommunisten. Minutenlang erdröhnen Rufe wie „Hungerminister!“, „Der Unterernährungsminister der deutschen Republik!“, „Das Volk verhungert bei vollen Scheunen!“, „Der Minister der Zunker und Großagrarter soll abtreten!“

Schiele versucht zu sprechen, aber es gelingt ihm nicht, er will schon abtreten, da greift Löbe ein und schließt sofort die Genossen Grube und Maddalena aus der Sitzung aus. Als Genosse Grube beim Herausgehen ruft: „Auch wenn Löbe es nicht wahr haben will, Schiele ist doch der Hungerminister!“ folgt gleich ein Ausbruch von drei Tagen.

Schiele hielt eine unverächtliche Zollwucherrede und forderte im Auftrage der Reichsregierung eine Ermächtigung des

Reichstages für die gesamte Zollpolitik der Regierung, weil es auf eine schnelle (!) Zollgesetzgebung anlämte, und es nicht möglich wäre (!), alle Zollfragen im Reichstag selbst zu behandeln.

Der Sozialdemokrat Tempel führte wörtlich aus: Die Verbraucherpolitik ist heute doppelte so stark mit Zöllen belastet wie vor dem Kriege. (Hört! Hört! b. d. Komm. Zuruf: „Das ist die Folge eurer Politik!“) Wir müssen von den Landwirten mehr Anerkennung für die Tatsache verlangen, daß seit 100 Jahren niemals so viel für die deutsche Landwirtschaft getan worden ist wie vom jetzigen Landwirtschaftsminister und von seinem Vorgänger. (Stürmisches Hört! Hört! b. d. Komm. Zuruf: „Das ist das SPD.-Hoch auf den unbegrenzten Zollwucher!“) Wir müssen dahin kommen, daß endlich die Verbände der Landwirtschaft einsehen, daß die Sozialdemokraten nicht ihre Gegner sind. (Beifall bei den Soz.)

In der Mittwochsitzung des Reichstages werden für die kommunistische Fraktion die Gen. Hörde und Witz sprechen.

Wuchtiges Kampfgelöbnis gegen das Mordsystem

Die letzte Fahrt der 33 Opfer des mörderischen Grubenkapitals

Riesige Beteiligung der Arbeiterchaft — Rote Fahnen am Grabe — Tolle Polizeiprovokationen gegen die Redner der RGD.

Köln, 24. Februar. Heute Mittag wurden die vom Grubenkapital gemordeten 33 Kumpels in Rothberg zu Grabe getragen. In riesigen Massen waren die Arbeiter erschienen, um angesichts des neuen Mordes und der Toten gegen das Mordsystem zu demonstrieren. Die Zehne „Eichweiler Reserve lag heute still. Zahlreiche Kranzdelegationen, besonders aus dem Ruhrgebiet, waren eingetroffen.

Die Polizei Severings leistete sich wieder tolle Provokationen, um jede Anklage gegen die wirklichen Schuldigen zu verhindern. Mit aller Brutalität wurde gegen jedes Mitnehmen von roten Fahnen vorgegangen. Trotzdem ließ sich die Arbeiterchaft nicht abhalten, am Grabe eine rote Fahne zu entrollen, um damit zu zeigen, daß nur durch den Sieg der Re-

volution diese Massenmorde verhindert werden. Zahlreiche Kranze mit revolutionären Aufschriften wurden niedergelegt. Genosse Gusef, der im Auftrage der RGD einen Kranz niederlegte und dabei einige Worte sprach, wurde von der zahlreich erschienenen Polizei, unter stürmischem Protest der Arbeiter, vom Friedhof geschafft. Das gleiche geschah mit einem Vertreter der Alsdorfer Bergarbeiter und mit dem Reichstagsabgeordneten Funf.

Die Arbeiterchaft veranstaltete darauf auf dem Marktplatz von Rothberg eine Protestkundgebung gegen Polizeiterror und Arbeitermord, bei welcher die Genossen Funf und Gusef unter stürmischer Zustimmung sprachen. Auch hier erließen ein riesiges Polizeiaufgebot, welches die Arbeiter provokieren wollte. Dank der Disziplin der Arbeiter konnte sie ohne Zwischenfälle zu Ende geführt werden.

Warmzeichen des Glends

Verzweiflungstaten hungernder Erwerbsloser

Berlin, den 24. Februar

Am Dienstagvormittag kam es in der Müllerstraße erneut zu Verzweiflungstaten hungernder Erwerbsloser. Unter den Rufen „Hunger“ stürmte eine große Anzahl Erwerbsloser in das Lebensmittelgeschäft von Goldader, riß die nächstliegenden Waren an sich und verschwand in Richtung Reinickendorf. Der Vorfall spielte sich in wenigen Sekunden ab. Als das Ueberfallkommando eintraf, war von den Erwerbslosen nichts mehr zu sehen.

★

In Palais des Reichspräsidenten wurde am Dienstagmittag der 23-jährige arbeits- und wohnungslose Handlungsgeselle Alois Broll festgenommen, als er versuchte, zu Hindenburg vorzudringen und seine Notlage zu schildern. Dem Verhafteten wurde eine Parabellum-Pistole abgenommen, die mit einer Patrone geladen war. Broll erklärte, daß er die Absicht gehabt habe sich im Hause des Reichspräsidenten zu erschließen. Er rief erregt: „Ich bin lange krank und habe nur noch einige Stunden zu leben.“ Nach den Feststellungen der Polizei kann von einem Mordversuch nicht die Rede sein.

Volksbegehren gegen § 218?

Ein Aufruf

Die Internationale Arbeiter-Hilfe und die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen haben die Initiative ergriffen, um eine breite Volksaktion gegen die Kulturschande des Paragraphen 218 einzuleiten. Beide Organisationen haben im Reichsmajhabe, im Landesmajhabe und örtlich ihre Organisation angewiesen, überall breite Volkspropaganda-ausschüsse zur Verteidigung des verhafteten Stuttgarter Arztes Dr. Wolf und für die Abschaffung des § 218 zu organisieren. Bereits ab nächster Woche soll eine Lawine von Volksversammlungen und Kundgebungen von diesen Ausschüssen und den beiden Organisationen organisiert werden.

Für Berlin ist auf Donnerstag nachmittag von diesen Organisationen eine Konferenz einberufen, zu der weitere fünfzig sozialpolitische und kulturpolitische Organisationen und viele führende Frauen und Männer eingeladen worden sind.

Als Redner sind u. a. vorgesehen: Dr. Appel, Willi Münzenberg, M. d. R., Martha Arendsee, Dr. Theilhaber, Lene Overlach, M. d. R., Alfons Goldschmidt, Frau Dr. Ruben-Wolff.

Auf dieser Konferenz sollen weitere Erörterungen gepflogen werden über die Möglichkeit der Einleitung eines Volksbegehrens mit dem Ziel der Abschaffung des § 218.

Alle Organisationen und Personen, die bereit sind, diese Aktion zu unterstützen, werden gebeten, ihre Teilnahme bei dem Reichssekretariat der I.A.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 235, oder bei der I.A.H., Reichstag, Zimmer 77, zu melden.

Das tägliche Bild:

Polizei auf Seiten der Nazi-Provokateure

Stahlhelmer erschießt SPD.-Arbeiter

Jittau, 24. Febr. (Eig. Drahtb.). Am Montag fand ein Fackelzug der Nazis statt. Die kommunistische Partei hatte zur Gegendemonstration aufgerufen. Als die Nationalsozialisten mit Fackeln auf die Arbeiter einschlugen, legten sich die Arbeiter zur Wehr. Die Polizei schob darauf auf die Arbeiter, die gegen die Polizisten und Nationalsozialisten Stellung nahmen. Durch Schüsse der Polizei wurde ein Arbeiter verletzt, durch den Schuß eines Stahlhelmers wurde ein Mitglied des sozialdemokratischen Aktionsausschusses getötet. Die sozialdemokratische Presse untereschlägt, daß große Teile von sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeitern gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern die Demonstration durchgeführt haben.

Wette für Nawi in Mittweida

Mittweida, 24. Februar (Eig. Drahtbericht.). Anlässlich einer Nazi-Versammlung für die Prinz August Wilhelm von Preußen als Redner vorgesehen war, kam es zu einem scharfen

Zusammenstoß der Bevölkerung mit den Nationalsozialisten. Nachdem die Provokationen der Nazis von der Bevölkerung abgewehrt worden waren, stürmte plötzlich die Polizei auf die angesammelten Arbeiter ein. Die Massen wandten sich gegen die Polizei. Reichsbanner-Arbeiter, die im Gewerkschaftshaus eine Sitzung hatten, verließen trotz Befehl ihres Führers das Gewerkschaftshaus und stellten sich an die Seite der gegen die Nazis demonstrierenden kommunistischen Arbeiter. Mehrere Nationalsozialisten wurden schwer verletzt.

SPD.-Arbeiter ins Gefängnis wegen Kampf gegen Faschisten

Mannheim, 24. Februar. (Eigener Bericht.) Vor dem Schnellrichter standen am Sonnabend 16 Arbeiter unter Anklage „unerlaubter Bewaffnung zu politischen Zwecken“. Sie waren am Freitag beim Besuch der Nazi-versammlung durch die Polizei visitiert und verhaftet worden. 22 Inhaftierte, darunter beziehungsweise die Nazis, waren bereits am Sonnabendmorgen freigelassen worden. Von den 16 Arbeitern wurden 9 zu insgesamt 27 Monaten Gefängnis verurteilt. Darunter ein Arbeiter im Alter von 47 Jahren, der seit 25 Jahren in der SPD. organisiert ist. Er hatte zu seinem Schuß eine Stahlrupe in seinem Besz.

Rund um den Erdball

Das Attentat auf den „Schwedenzug“ vor Gericht

Rätselhafte Tat eines Arbeitslosen

Eine Polizeiprovokation, die zu frech und naiv ist, um geglaubt zu werden

Prenzlau, 25. Februar. Am Mittwochmorgen begann vor dem Prenzlauer Schwurgericht die Verhandlung gegen den 24-jährigen Arbeitslosen Ernst Ladewig aus Berlin, der am 26. November vorigen Jahres versuchte, zwischen Angermünde und Prenzlau den Schwedenzug zur Entgleisung zu bringen. Die Anklage lautet auf vorfällige Transportgefährdung. Der Angeklagte bestritt lange Zeit auf das Entschiedenste, das Attentat begangen zu haben, gab aber dann nach nächtelangem Verhör das Verbrechen zu. Die bürgerliche Pressejournaliste versuchte bereits am ersten Verhandlungstage, der rätselhaften Tat des Angeklagten einen politischen „Dreh“ zu geben, sie also aufs Konto der revolutionären Arbeiterschaft zu setzen.

Um diese ebenso freche wie naive Provokation, die nur einem Phantasiebegabten Polizeigelehrten entspringen sein kann, glaubhaft zu machen, wird die reichlich wirre Aussage eines Prenzlauer „Bürgers“ breitgewalzt, dem der Angeklagte angeblich ungefragt erzählt habe, er gehöre einer linksgerichteten revolutionären Organisation an, die es sich zur heiligen Aufgabe gestellt habe, gegen den Staat und das Kapital alles zu unternehmen, um deren Sturz herbeizuführen. Das sollte geschehen durch Eisenbahnattentate, durch Attentate in Bergwerken und durch andere dunkle Mächenschaften. Wie man also sieht, alles „Kampfmethoden“, mit denen ein stupides Polizeigelehrte glaubt, den Kapitalismus niederringen zu können.

Dah der Angeklagte Ladewig das Attentat, das zum Glück keinen Schaden anrichtete, ähnlich wie die Attentäter von Leijerde, benutzen wollte, um nach dem Unglück die verletzten Passagiere auszuplündern, verschweigt ein Teil der bürgerlichen Presse hinterlistiger Weise.

Eingangs der Verhandlung schilderte der Angeklagte in angeraten Ausführungen sein vergangenes Leben. Er ist verheiratet und war zunächst landwirtschaftlicher Arbeiter und kam im Jahre 1927 nach Berlin, wo er bei den Bergmann-Werken arbeitete. Ende 1929 wurde er mangellos und im Anschluß daran arbeitslos.

Beitrag, welche Gründe ihn zum Attentat gebrängt hätten, erzählte er, daß er mit seiner Familie in große Not geraten sei und daß ihm die Ermittlung gedroht habe. In seiner Verzweiflung habe er Selbstmord begehen wollen und sei darum in die Nähe von Prenzlau gefahren, um noch einmal seinen Vater zu besuchen. In Seehausen sei er ausgezogen und als er an der Bahn entlang ging, sei ihm plötzlich der Gedanke

gekommen, „wie wohl ein Eisenbahnunglück aussehen würde“. Seiner Sinne nicht mächtig, sei er dann auf den Bahndamm hinaufgelaufen, um dort ein Eisengeländer abzumontieren und es auf die Schienen zu legen. Einige Minuten später sei auch schon der Güterzug aus Pasewalk vorbeigekommen, doch die Räder der Lokomotive hätten das Hindernis beiseite geschleudert, und es sei nichts geschehen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er denn noch ein zweites viel gefährlicheres Hindernis gebaut habe, antwortet der Angeklagte: „Ich habe das alles nur gedankenlos gemacht.“

Nachdem ich das Hindernis gebaut hatte, bin ich fortgegangen und habe wenige Augenblicke später vollständig vergessen, was ich getan hatte.“

Vorsitzender: „Auf der Fahrt von Berlin nach Seehausen haben Sie im Coupé mit einem Zeugen ein Gespräch über politische Dinge gehabt?“

Angeklagter: „Möglich, aber ich entsinne mich nicht mehr an Einzelheiten.“

Vorsitzender: „Sagten Sie nicht, daß Sie einer politischen Partei oder einer politischen Gruppe angehören?“

Angeklagter: „Ich bin politisch nicht organisiert.“

Vorsitzender: „Sie haben aber zu dem Zeugen gesagt Sie seien Mitglied der Revolutionären Gewerkschaftsopposition?“

Angeklagter: „Nein, der gehöre ich nicht an.“

Vorsitzender: „Besuchten Sie in Berlin politische Versammlungen?“

Angeklagter: „Ganz gelegentlich.“

Vorsitzender: „Hat Ihre Tat politische Hintergründe?“

Angeklagter: „Das bestreite ich ganz entschieden.“

Die Verhandlung wird fortgesetzt.

Die werktätige Frau in der Roten Armee



Die bürgerliche Presse konnte sich in den letzten Wochen nicht genug tun in den sensationellen Schilderungen von Sportflugleistungen bourgeoiser „Damen“. In der Sowjet-Union dagegen macht man kein so großes Reklamegeschrei um besondere Frauenleistungen. Dort findet man es im Gegenteil ganz in der Ordnung, daß die Frau genau wie der Mann, sei es an der Wirtschaftfront, sei es an der Kulturfront oder sei es an der Verteidigungsfrente ihren „Mann“ stellt.

Blattern-Epidemie in Kalkutta

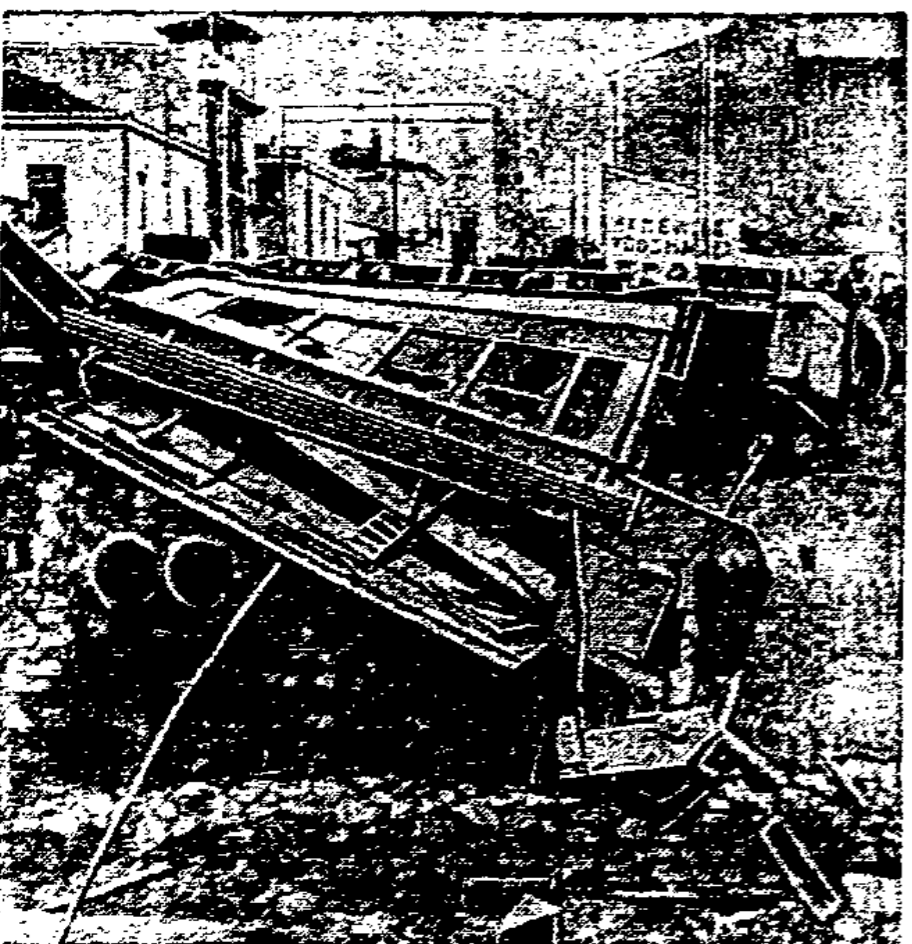
Bereits 167 Todesopfer

London, 25. Februar. Seit einiger Zeit herrscht in Kalkutta und Umgebung eine schwere Blatternepidemie, die besonders unter der ärmeren Bevölkerung zahlreiche Todesopfer fordert. Trotz umfangreicher Sicherheitsmaßnahmen sind im Laufe der letzten Wochen nicht weniger als 167 Personen an dieser furchtbaren Seuche gestorben. Bisher wurden etwa eine Million Menschen mit Schutzimpfung gegen Blattern versehen.

Von der sowjetrussischen Kulturfront

Die neuen gesetzlichen Vorschriften über die Einführung des lateinischen Alphabets bei den türkischen und tartarischen Völkern der Sowjetunion hat jetzt das Zentral-Exekutivkomitee bestätigt. Eine besondere Kommission hat die Aufgabe erhalten, daß nun fertiggestellte einheitliche lateinische Alphabet mit möglicher Beschleunigung in den Schulen der betreffenden Völkerstämme einzuführen.

Straßenbahnunglück in Athen



In der griechischen Hauptstadt raste ein Straßenbahnwagen infolge Versagens der Bremse eine steile abfallende Straße hinunter, entgleiste und brach in zwei Teile, von denen der eine in den Fluß stürzte, während der andere über der Ufermauer kippte. Ein Reisender wurde schwer verletzt.

Racheakt oder Raubüberfall?

Eine ganze Familie niedergeschlagen

Mann, Frau und Kind mit einer schweren Eisenstange überfallen

Dortmund, 25. Februar. Als in der Nacht zum Mittwoch in Cassrop der Bergarbeiter Herrndörfer sich mit Frau und Kind nach Hause begeben wollte, sprang plötzlich in der Nähe der Unterführung der Emscher Talbahn ein unbekannter Mann aus dem Dunkel hervor und begann, ohne ein Wort zu sagen, mit einer schweren Eisenstange auf die drei Personen einzuschlagen.

Zunächst wurde Herrndörfer mit der Eisenstange zu Boden geschlagen, und ehe die Frau einen Schrei ausstoßen konnte, erhielt auch sie einen furchtbaren Schlag auf den Kopf. Dann

wandte sich der Mörder zu dem in Todesangst schreienden Kinde und verletzete es ebenfalls schwer.

Später vorbestimmende Passanten fanden die überfallene Familie und sorgten für ihre Ueberführung ins Krankenhaus. Hier wurde festgestellt, daß der Mann einen doppelten Schädelbruch und sonstige schwere Verletzungen erhalten hatte. Die Frau hatte ebenfalls lebensgefährliche innere Verletzungen davongetragen, die Verwundungen des Kindes sind glücklicherweise unerheblich. Bis zur Stunde gelang es noch nicht, des Täters habhaft zu werden, wie auch die Gründe für den Überfall — ob Racheakt oder Raubüberfall — aufzuklären.

Deutsche Arbeiter schreiben aus der Sowjetunion „Finden wir aber einen Nagel im Sowjetbrot dann...“

Chrompitz, 8. Februar 31.

Werte Genossen! Als früherer Funktionär der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, und zwar Verkaufsstellen-Delegierter der 50. Verkaufsstelle, muß ich den Konsumgenossenschaftlichen Märchenerzähler Paul Oberg von der „Genossenschaftlichen Rundschau“ doch mal antworten.

Dieser Schlaumeier schrieb vor kurzem in diesem antibolschewistischen Heftblatt, in Rußland sei das Brot durchweg mit Lumpen und rostigen Nägeln gebaden. Als Jubrot gäbe es nur verfaulte Salzheringe. Wir sind hier 6 deutsche Kollegen aus Berlin, außerdem 10 Kollegen aus Köln, die hier auf Montage sind. Trotz angestrengten Suchens und Herumfragen konnte noch keiner der Kollegen aus Erfahrung oder vom Hörensagen von den Lumpen, verrosteten Nägeln und verfaulten Salzheringen etwas entdecken. Noch nicht einmal einen Saßfussel fanden wir im Brot, nach dem ihr euch die Finger lecken würdet. Vom Berliner Konsumbrot hört man jedoch oft, daß darin Saßfussel gefunden werden.

Die Kollegen beauftragen mich nun, anzufragen, ob Lumpen und verrostete Nägel an Stelle der üblichen Gehirnmasse im Schädel des Schmiedemeister Oberg Platz hätten? Im übrigen

werden wir aber fleißig weiter suchen und falls wir doch einmal im Sowjetbrot einen Nagel finden, werden wir ihn feierlich dem Schmieding Oberg zum Aufhängen überreichen lassen ...

Mit Kampfesgrüßen

Emil Nitschke, UdSSR

Chrompitz trat.

Zur Bestätigung.

Bruno Kemle, Rudolf Flieger, Alwin Baschin, Ernst Walter, Walter Baschin, Werner Streichert, früherer Funktionär der SAJ, Berlin.

Ein Kind in Flammen...

In Berlinchen in der Mark Brandenburg lam das 5-jährige Töchterchen der Eheleute Krieger dem geheizten eisernen Ofen zu nahme, so daß die Kleidung des Kindes Feuer fing. In Flammen gehüllt und laut schreiend lief das Kind auf die Straße, wo Nachbarn die Flammen erstickten. Das Kind erlitt jedoch solch schwere Brandwunden, daß es kurz nach Einlieferung in das Krankenhaus verstarb.

Lawine zerstört vierzehn Häuser

Nach einer Meldung aus Trient wurden am Dienstag in den Alpenhöhen der Provinz Trient vierzehn Bauernhäuser durch Lawinen zerstört. Dabei wurde ein Bauer getötet und mehrere schwer verletzt.

Das stahlharte Schwert der proletarischen Diktatur

Die Rote Armee als Pionier an der Front des sozialistischen Aufbaus und als schlagkräftiges Bollwerk der Sowjetmacht — Die erste unbezwingliche bewaffnete Macht des Weltproletariats



(Aus der neuen „R3.“)

Die Rote Armee als Pionier der sozialistischen Kultur

Die Entstehung der Roten Armee fällt in die Zeit der ersten revolutionären Massenaktionen und Erhebungen der russischen Arbeiter und Bauern gegen den Zarismus. Die erste russische Revolution im Jahre 1905 hinterließ trotz ihrer Niederlage der Arbeiterklasse eine Reihe wertvoller politischer Lehren. Darunter die Lehren des bewaffneten Aufstandes, die Bildung von Arbeiterwehren, bäuerlichen Partisanengruppen und des Barrikadenkampfes. Die Geschichte der revolutionären Bewegung des russischen Proletariats und der Entstehung der Roten Armee ist zugleich die Geschichte der bolschewistischen Partei, der Partei Lenins. Dank der richtigen revolutionären Taktik der Bolschewiki und ihres Führers Lenin entwickelte sich die revolutionäre Bewegung in Rußland trotz aller Hindernisse und Niederlagen in stetig aufsteigender Linie und führte zum entscheidenden Siege der Oktoberrevolution 1917.

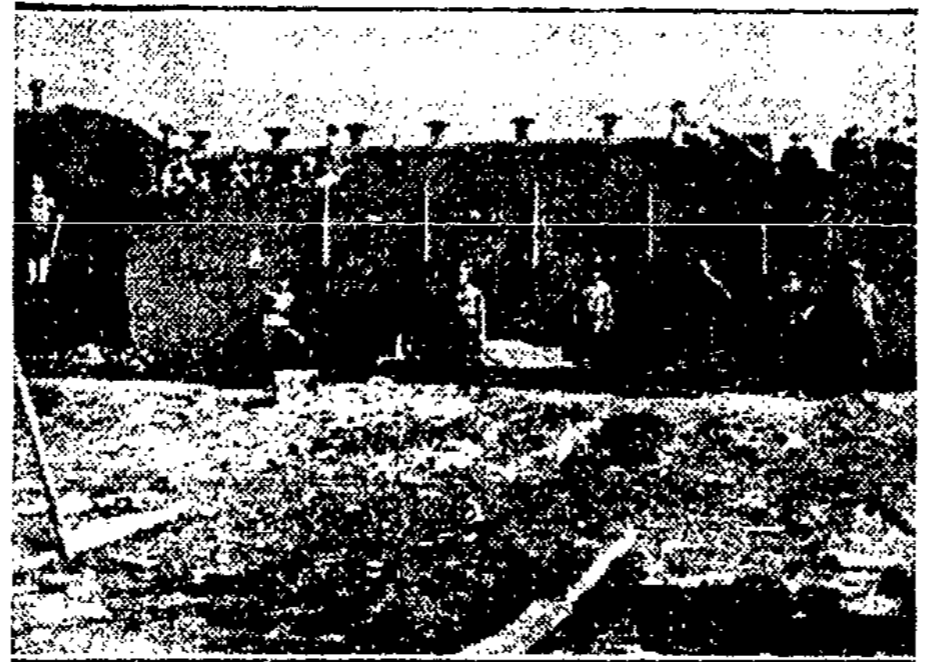
Die ersten Arbeiterwehren

Bereits unmittelbar nach dem Sturz des Zarismus stellte die bolschewistische Partei die Frage der Schaffung einer Militärorganisation. Sie arbeitete nach zwei Richtungen. Einerseits in der Richtung der Fortsetzung der alten Armee und ihrer Eroberung für die Revolution, andererseits in der Richtung der Organisation von revolutionären Arbeiterkampfwehren. Die Arbeit der Partei nahm einen erfolgreichen Verlauf. Bereits im März 1917 entstanden die ersten Kampfwehren in Petrograd, dem heutigen Leningrad. Unmittelbar darauf bildeten sich Arbeiterwehren in fast allen Industriebezirken des Landes. In einer Reihe von Orten wurden diese Arbeiterwehren unter dem Deckmantel einer Arbeitermiliz zum Schutz der Betriebe und der Aufrechterhaltung der Ordnung geschaffen. Eine Beschlagnahme erfuhr die Organisation von Arbeiterwehren durch die Versuche des Generals Kornilow, eine Diktatur aufzurichten. In diese Zeit fällt bereits die straffere organisatorische Herausbildung der Roten Garde. Die Kampfeinheit der Roten Garde war das Bataillon, aus drei Kompanien bestehend, mit 300 Mann, einer Maschinengewehrkompanie, Verbindungsdiens, Sanitäts- und Wirtschaftskolonnen. Die Hauptmerkmale dieser revolutionären Arbeitergarde waren Freiwilligkeit, lokaler Milizcharakter, Wählbarkeit der Führer. Mit der Organisation erfolgte gleichzeitig die Waffenverforgung und die militärische Schulung der Arbeiter.

jüge der Roten Armee entwickelt hat. Gleichzeitig festigte sich das Vertrauen der Arbeiter- und Bauernmassen zur Roten Armee.

So gab die Rote Armee der revolutionären Weltbewegung unvergleichliche Beispiele heldenhaften Kampfes. An der eisernen Front des Bündnisses der Roten Armee mit den Arbeitern und Bauern zerbrach die erste Intervention der kapitalistischen Welt, zerbrach die Konterrevolution im Lande.

Der Bürgerkrieg hatte sein Ende erreicht. Die Sowjetrepublik begann die tiefen Wunden, die Krieg und Bürgerkrieg



Panzerzug „Rächer“ vom Jahr 1917

dem Lande geschlagen haben, wieder auszuheilen. Die Demobilisierung der Roten Armee, die im Jahre 1920 fünf Millionen zählte, wurde eingeleitet. Die Wiederherstellung der Industrie und Landwirtschaft wurde erfolgreich in Angriff genommen.

Die Rote Armee leistet gleichzeitig erfolgreiche Vorarbeiten für die sozialistische Aufbauarbeit. Im Jahre 1927 bildete die Rote Armee 31 756 Personen für praktische Arbeit auf dem Lande aus. 1929 waren es bereits 105 718. Im Jahre 1930 erhielt das Land von der Roten Armee 15 000 Leiter für Kollektivwirtschaften, 13 000 geschulte Landwirtschaftler, 9000 Gemüsegärtner, 20 000 Viehzüchter, 25 000 Traktorenführer und 12 000 Buchhalter und Lehrkräfte für Kulturarbeit. Ferner wurden im Jahre 1930 3000 Studenten für die technischen Hochschulen vorbereitet. Hinzu kommt, daß jährlich

die Rote Armee Zehntausende neuer Partei- und Komsomolzen-Mitglieder erzieht.

Die Rote Armee verteidigt Verwirklichung des Fünfjahrplans

Mit der fortschreitenden Durchführung des Fünfjahrplans steigert sich aber auch die Hege der kapitalistischen Presse der ganzen Welt gegen die Sowjetunion. Die Bourgeoisie ist sich der Bedeutung des sozialistischen Aufbaus und der Rückwirkungen dieser historischen Tatsache auf die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern vollkommen bewußt und rüstet zu einem entscheidenden Schlag gegen die Sowjetunion. Das Gerüde der bürgerlichen Politiker über Abrüstung und Friedenssicherung entpuppt sich immer mehr als ein bewußtes Täuschungsmanöver, hinter dem die Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion versteckt werden sollen.

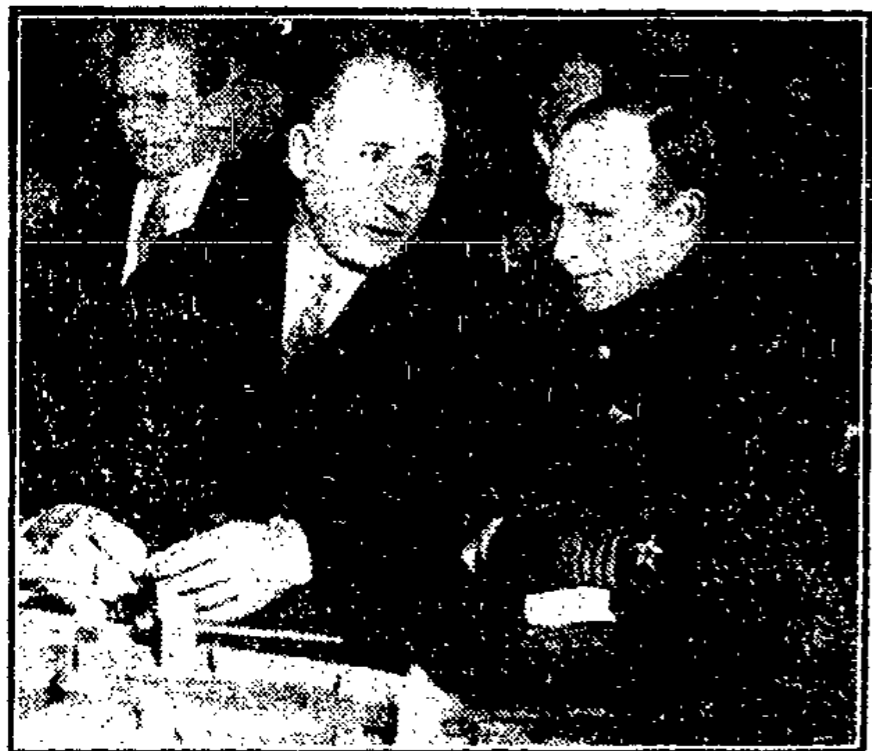
Seit der Beendigung des Bürgerkrieges haben die Partei Lenins und die Sowjetmacht alles getan, um die Rote Armee zu einem unüberwindbaren Kampfinstrument des Arbeiterstaates zu entwickeln. Die Fragen der Wehrfähigkeit und des militärischen Aufbaus standen auf fast allen Partei- und Sowjetkongressen auf der Tagesordnung. Der 16. Parteitag hat erneut und ausdrücklich die Aufgaben in der Landesverteidigung und der weiteren Festigung der Roten Armee betont. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Sicherung einer unerschütterlichen Disziplin in der Roten Armee gelegt. Gerade diese revolutionäre Disziplin, die zugleich ein Ausdruck des hohen Klassenbewußtseins der Rotarmisten ist, ist eine der stärksten Waffen der Roten Armee. Von besonderer Bedeutung ist ferner die politische Schulung und Erziehungsarbeit in der Roten Armee, durch die der Rotarmist zu einem aktiven Mitarbeiter des Sozialismus erzogen wird.

Die Rote Armee schlagbereit!

Angesichts der drohenden Interventionsgefahr hat die Rote Armee in den letzten Jahren an der Bervollkommenung der Technik gewaltige Arbeit geleistet. Bereits im Jahr 1928 konnte Genosse Woroschilow erklären: „Die Rote Armee hat im verflochtenen Jahre in bezug auf ihre technische Ausstattung große Erfolge zu verzeichnen. Sie besitzt automatische Waffen, Artillerie, Panzerautos, eine kampffähige Luftflotte in auch zur chemischen Abwehr bereit. Doch angesichts des stehenden Wettrüstens des Imperialismus werden wir auch weiterhin bestrebt sein, unsere technische Kraft auf ein möglichst hohes Niveau zu heben.“

So hat sich die Rote Armee, gestützt auf die Erfahrungen des Bürgerkrieges, immer mehr zu einem stahlharten Instrument der proletarischen Diktatur entwickelt. Heute steht die Armee, gestützt auf das Vertrauen der breiten Massen der Arbeiter und Bauern, bereit zur Verteidigung des sozialistischen Aufbaus, zur Verteidigung des ersten Arbeiterstaates gegen die räuberischen Pläne des Weltimperialismus. So wie die Rote Armee in den Jahren der Intervention nur dank der Unterjochung des Weltproletariats den Sieg über die Konterrevolution und die imperialistischen Interventionsarmeen erringen konnte, ist der Schutz der Sowjetunion auch heute die gemeinsame Aufgabe der Roten Armee, der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion und der Welt. Die Rote Armee steht kampfbereit und kampfbereit gegenüber den imperialistischen Interventionsplänen.

Unser bestes Gelöbnis am 13. Jahrestag der Roten Armee ist, das Höchstmäß proletarischer Kampfschlossenheit und revolutionärer Massenkraft für die Verteidigung der Sowjetunion zu entwickeln.
A. M. (Moskau)



Der Stellv. Chef der Seestreitkräfte, Genosse Kurkow (rechts) und der Volkskommissar für Schifffahrt, Genosse Jansen (links).

Als Mitte Juni 1917 die bolschewistische Partei die erste russische Militärkonferenz abhielt, waren 60 Organisationen, davon 43 Frontorganisationen, mit insgesamt 30 000 revolutionären Soldatenmitgliedern vertreten. Im Augenblick des bewaffneten Aufstandes standen in Petrograd 10 000 Rotgardisten und in Moskau 3000 zur Verfügung.

Die Geburt der Roten Armee

Der erste Schritt für Schaffung einer regulären Roten Armee wurde am 28. Januar 1918 mit einem Dekret über die Bildung der sozialistischen Armee auf der Grundlage der Freiwilligkeit eingeleitet. Das Dekret wurde am 23. Februar veröffentlicht. Die Umwandlung des Partisanenheeres in eine reguläre Rote Armee war ein langwieriger und schwieriger Prozeß. Unter größter Anstrengung gelang es der Partei, durch die Arbeit ihrer Kommissare und Parteizellen in der Armee, Schritt für Schritt die Rote Armee aufzubauen und sie von allen anarchischen und undisciplinierten Elementen zu befreien. Mit der fortschreitenden Organisation der Roten Armee entwickelte sich im gleichen Tempo die revolutionäre Disziplin, die sich zu einem der charakteristischsten Befens-

Das Gründungsdekret der Roten Armee

Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 28. Januar, veröffentlicht am 23. Februar 1918

Die alte Armee war ein Werkzeug der Klassenunterdrückung der Werktätigen durch die Bourgeoisie. Mit dem Übergang der Macht zu den werktätigen und ausgebeuteten Klassen entstand die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Armee, als Schutzwall der Sowjetmacht in der Gegenwart, als Fundament für die Ablösung des stehenden Heeres durch allgemeine Volksbewaffnung in der nächsten Zukunft und als Stütze der kommenden sozialistischen Revolution in Europa.

Mit Rücksicht darauf beschließt der Volkskommissarenrat die Organisation einer neuen Armee mit dem Namen „Rote Arbeiter- und Bauernarmee“ auf folgenden Grundlagen:

1. Die Rote Arbeiter- und Bauernarmee wird aus den bewußtesten und organisiertesten Elementen der werktätigen Massen gebildet.
2. Der Zutritt in ihre Reihen ist allen Bürgern der Repu-

blik Rußlands, sofern sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. Der Roten Armee tritt jeder bei, der bereit ist, seine Kräfte, sein Leben für die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, der Sowjetmacht und des Sozialismus hinzugeben. Für den Eintritt in die Rote Armee ist Empfehlung von Truppenkomitees oder öffentlichen demokratischen Organisationen, die auf der Plattform der Sowjetmacht stehen, von Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen, oder mindestens zwei Mitgliedern derselben, erforderlich. Beim Eintritt ganzer Truppenteile wird allgemeine Zustimmung und namentliche Abstimmung verlangt.

1. Die Streiter der Arbeiter- und Bauernarmee erhalten vom Staat volle Verpflegung und außerdem ein Monatslohn von 50 Rubel.
2. Nicht arbeitsfähige Angehörige der Rotarmisten, die bisher von ihnen unterhalten wurden, werden gemäß den lokalen Verbrauchsnormen mit allem Notwendigen versorgt, laut Beschlüssen der Ortsorgane der Sowjetmacht.

Höchstes leitendes Organ der Roten Arbeiter- und Bauernarmee ist der Volkskommissarenrat. Die unmittelbare Führung und Verwaltung ist im Kriegskommissariat, in dem ihm beigegebenen Besonderen Russischen Kollegium konzentriert.

Vorsitzender des Volkskommissarenrats: N. Ilijanow-Venin.
Oberkommandierender: N. Krglenko.
Volkskommissare für Krieg u. Marine: Dobjens, Podwojiti.
Volkskommissare: Proschjan, Satasfi, Steinsberg.
Geschäftsführer des Volkskommissarenrats: N. Bestschewski.

5069 statt 143 732

Der Siegeszug der Kollektivierung

Moskau, 23. Februar. Im Gebiet Moskau beträgt die Zahl der landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften jetzt 5069. In diesen Kollektivwirtschaften sind 143 732 ehemalige bäuerliche Einzelwirtschaften zusammengeschlossen. Allein in den letzten zehn Tagen haben sich mehr als 10 000 Einzelwirtschaften zum Eintritt in die Kollektive bereit erklärt.

